

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 2537

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition:
Paradiesgasse Nr. 32

Nr. 62.

Danzig, den 31. Juli 1912.

3. Jahrgang.

Erholungsurlaub für die Arbeiter.

Das Wort Ferien hat einen bezaubernden Klang. Es löst einen großen Komplex schöner Gefühle und Hoffnungen aus. Erholung verheißt es, Wiedergewinnung der im Hasten des Alltags verbrauchten Kräfte. Eine dünne Schicht der Gesellschaft rastet allerdings nur von der Jagd nach Amüsement und luxuriösem Zeitvertreib, oder vielmehr sie wechselt nur mit den Vergnügungen und der Kurzweil, soweit die im schweigerischen Genießen erschlafenen Nerven dazu überhaupt noch befähigen. Gerade diese Nichtstuer bedürfen der Erholung am wenigsten, sie hätten moralisch den allergeringsten Anspruch darauf, aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, werden von ihnen die schönsten Plätze, die ruhigsten und fruchtigsten Bäder mit Beschlag belegt.

Für die angespannt tätigen Geschäftsleute, Industriellen, Angehörigen der freien Berufe usw. gehört die Badereise ebenfalls ziemlich allgemein zu den selbstverständlichen Lebensbedürfnissen. Die Tausende von Besitzenden, samt einem großen Teil des höheren und niederen Mittelstandes haben in diesen Wochen die Pforten der Städte verlassen und sich über Land und Strand ergossen. Viele Angehörige der genannten Schichten sehen sich freilich genötigt, vererbtand daheim zu bleiben, aber auch ihnen winkt in Kürze der ersehnte Urlaub. Wer hatte da in diesen Wochen Zeit, all derer zu denken, die, weit stärker an Zahl, wider Willen zurückbleiben mußten, die ihren angestrengten Muskeln keine Ausspannung, ihren Nerven keine Erholung gönnen dürfen!

Der weitaus größte Teil der handarbeitenden Bevölkerung ist, was seine Erholung betrifft, übel dran. Noch immer sträubt sich die erdrückende Mehrheit der deutschen Unternehmer, Arbeiter-ferien für die Lohnarbeiter einzuführen. Weil der Wille zur Erfüllung dieses dringenden Verlangens der Arbeiterschaft noch oft fehlt, schüßt man vielfach technische Unmöglichkeit vor. Es hat sich aber herausgestellt, daß vereinzelt Urlaubsgewährung bereits in den meisten Industriezweigen zu verzeichnen ist, sodaß der Einwand, die Eigenart einer Industrie gestatte keine Feriengewährung, fast in allen Fällen als haltlos erwiesen wird.

Wie weit wir in Deutschland noch von der allgemeinen Einführung des Arbeiterurlaubs entfernt sind, erweist von neuem der Bericht, den Dr. Heyde über die genannte Frage an die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz erstattet hat. Es stellt sich heraus, daß selbst in einer großen Anzahl von Industrien, die gesundheitschädliche Arbeitsbedingungen haben oder die Arbeitskraft sehr stark abnutzen, die Urlaubsgewährung an Arbeiter überaus langsame Fortschritte macht.

So ist die Zahl der Arbeiter, die in der Montanindustrie in den Genuss von Ferien kommt, überraschend gering. Die tägliche Belegschaft der deutschen Bergwerke betrug im Jahre 1910 durchschnittlich 810 832 Mann. Von diesen erhielt im nämlichen Jahre günstigsten Falls 1 Prozent Urlaub. Ein rechtlicher Anspruch auf Urlaubsgewährung besteht in der ganzen Montanindustrie fast nirgends. Nach der letzten Zählung des Deutschen Metallarbeiterverbandes waren in 62 Betrieben der Metallindustrie mit 56 415 Arbeitern Arbeitsferien eingeführt. In den genannten Werken kam diese Einrichtung 11 545 Personen zu. Da im gleichen Jahre in der Metallindustrie 907 048 Erwerbstätige gezählt wurden, so geht auch hier der Prozentsatz derer, die im Laufe des Jahres eine Erholungspause haben, nur wenig über 1 v. H. hinaus.

Am 20. Dezember des vergangenen Jahres veranstaltete die Gewerkschaft der Porzellanarbeiter eine Erhebung über Arbeitsferien in 322 Porzellanfabriken mit 56 993 Arbeitern. Die aufgenommene Statistik zeigte das Ergebnis, daß in 19 Betrieben mit 5650 Arbeitern bezahlter Erholungsurlaub eingeführt war. Die Gesundheitsgefährden in der chemischen Industrie haben den Arbeiterurlaub im genannten Gewerbe schon weiter gefördert. Vor allem wird in vielen Betrieben den Gasarbeitern eine Erholungspause gegeben, denen freilich zustatten kommt, daß die Gaswerke sich meist in städtischer Regie befinden.

Im Jahre 1910 war in 35 Betrieben der Textilindustrie mit 10 300 Arbeitsträften Sommerurlaub unter Fortzahlung des Lohnes eingeführt. Allerdings versuchen gerade hier die Unternehmer, die Urlaubsgewährung wie ihre anderen Wohlfahrtseinrichtungen zur Fesselung der Arbeiter an den Betrieb zu benutzen, indem sie eine viel zu lange Karenzzeit, oft bis zu 25 Jahren, einführen.

Am weitesten fortgeschritten ist die Gewährung von Erholungsurlaub im Bäcker-, Brauerei- und im polygraphischen Gewerbe. Im letzten Jahre wurden etwa ein Drittel sämtlicher Buchdrucker, 21 315 von insgesamt 61 081, der Arbeitsferien teilhaftig, zweifellos auch ein Erfolg der starken Buchdruckerorganisation. Seltsamerweise besteht in Tabakgewerbe noch fast nirgends die Institution der Arbeitsferien, obwohl die schädliche Wirkung des Tabakrauchs hier mehr als anderswo eine Ausspannung erfordert.

Für die kommende Entwicklung muß vor allem darauf hingestrebt werden, die Urlaubsmöglichkeit als Wohlfahrtseinrichtung zu einem gesetzlich begründeten Anspruch auf Urlaub auszugestalten. Das Kapitel, bei dem seinem inneren Wesen nach jeder Appell an ein moralisches Pflichtgefühl wirkungslos bleibt, wird sich zur allgemeinen Einführung des Arbeiterurlaubs zweifellos erst bequemen, wenn ihm nachgewiesen wird, daß die durch die Erholung gestärkte Arbeitskraft eine höhere Rente abwirft.

Der Widerstand der Unternehmer gegen die Arbeiterferien wird erst schwinden, wenn sie merken, daß ihnen die Ferien nichts kosten, weil die Aufwendungen dafür doppelt und dreifach durch die längere Erhaltung der Arbeitskraft und Steigerung der Leistungsfähigkeit wett gemacht werden. Der mit frischen Kräften, mit gesteigerter Lebensfreude aus der Sommerfrische Zurückkehrende holt das in der Ferienzeit Versäumte bald und gründlich wieder nach.

Der Mensch ist nun einmal keine Maschine, die doch sogar auch ihre Ruhe haben will. Läßt man sie ununterbrochen laufen, dann ist ihre Lebensdauer kürzer, als wenn regelmäßige Pausen ein Abkühlen erlauben. Wieviel mehr muß der feinnervige Mensch einer Ausspannung bedürfen! Das ewige Abhasten in der Treitmühle des Alltags zerstört den Organismus verhältnismäßig sehr schnell, zermüht vorzeitig das Nervensystem, dorrt die Lebenskräfte aus, wirft den Menschen aufs Krankenlager und bringt ihn frühzeitig ins Grab.

Der beste Lebenshalter, ein wahrer Jungbrunnen, ein Lebenselixier, ein ausgezeichnetes Vorbeugungsmittel ist ein alljährliches, mindestens zweiwöchentliches Aussetzen der Arbeit in Verbindung mit einem Luftwechsel.

Im laufenden Jahre ist die Zahl der Erholungsreisenden besonders groß. Die Fremdenindustrie stellt jetzt Konjunkturerekorde auf. Aber trotz des gewaltig ansteigenden Stromes der Sommerfrischler findet man darunter, wie wir oben nachwies, gerade jene Arbeitergruppen nicht vertreten, die einer solchen am dringendsten bedürfen. Wir denken da an die Fabrikarbeiter überhaupt, besonders aber an jene Stiefkinder des Glückes, die aus der Tiefe den schwarzen Diamanten, das Brot der Industrie, herauszuholen, an die Bequälten in den Eisenwerken, die außer der sengenden Sonnenhitze auch noch glühendheiße Feuerstrahlungen auszustehen haben, an die Armen in den Gieß- und Glashütten und auch an die Arbeiter auf den Werften.

Ihnen erlaubt keine Saisonunterbrechung ein ruhiges Amentholen. Tag für Tag, jahraus, jahrein hält sie die Sklaoenkette der Lohnfron an die harte, tödende Arbeit gefesselt. Im monotonen Laufe der nur Mühen bringenden Zeit verdrängen sie ihr freudloses, von keinem Lichtblick erhelltes Dasein. Und die Statistik lehrt, in wie unheimlicher Weise dieses Dasein am Lebensmarke zehrt. Erschreckend hohe Kranken- und Unfallziffern liefert speziell die Montanindustrie. Sie läßt die Menschen wie Opfer ihrer Geschäftigkeit frühzeitig dahinsiechen. Bald, nur zu bald müssen die Proletarier vom Leben lassen. Sie sind Greise in einem Alter, das für die Angehörigen anderer Berufe als die beste Lebenszeit gilt. Und diese erquideten Ferien, die der fromende Prolet nur dem Namen nach kennt!

Ganz zweifellos stehen die Sterbe- und Krankenziffern der Montanarbeiter in ursächlichem Zusammenhang mit ihrer Berufsarbeit resp. mit ihren Arbeitsbedingungen. Diese sind nicht unänderlich, kein zwingendes Muß irgendwelcher Eigenart dieser Industrie. Nein, trasse Gewinnsucht ist der Vater, der sie für ewig festhalten möchte. Und das ist das Empörende! Das muß aufreizen! Gesundheit und Leben wird dem Lohnsklaven geraubt, skrupellos geraubt, nur damit die Profite ins Ungemessene anschwellen können.

Gerade jetzt werden die finanziellen Ergebnisse einer Reihe von Unternehmen bekannt. Sie konstatieren durchweg glänzende Gewinnausschüttungsmöglichkeiten. Aber an den Gewinnern steht Arbeiterelend, Arbeitergesundheit, Arbeiterleben! Der reiche Segen für die Gewinnhalter bedeutet vermehrte Qual für die Arbeiter, eine stärkere Verausgabung von Arbeitskraft. Der Mehrleistung auf der Proletarierseite steht die Möglichkeit erhöhten Lebensgenusses auf der Unternehmerseite gegenüber! Das kann und darf nicht ewig so bleiben! —

Freiwillig allerdings wird man den Arbeitern nichts zuzählen. Auch Ferien fallen ihnen nicht als Geschenke von Wohlthätern Gnaden in den Schoß. Aller Fortschritt für die Arbeiter will erkämpft sein!

Zu erfolgreichem Kampfe aber bedarf es der Solidarität! Hätten nicht Demagogie und Unternehmerspekulation, kleinlicher Egoismus und Unverstand die Arbeiter gespalten, schon längst hätte für sie auf sozialem Gebiete viel mehr geleistet werden können! Das müssen sie erkennen, sich darnach mit ihrem Tun und Lassen einrichten, wenn's besser werden soll!

Das muß jeder zugeben: wenn Prasser, Nichtstuer und Sylemmer Ferien haben, sich noch dazu an Vergnügungsreisen ergötzen, dann gebührt den Werteschaffern, den eigentlichen Trägern

der Kultur, den Proletariern mindestens alljährlich ein Erholungsurlaub. Vom Erkennen zum Wollen und vom Wollen zum Erreichen führen viel kleinere Schritte, als man glaubt! Der Versuch wird es lehren!

Politische Übersicht. Sozialisten wider Willen.

„Das Ideal, eine deutsche Nationalwirtschaft herzustellen, welche in sich selbst balanzierte, also von dem überfremden Markt mehr oder weniger unabhängig würde, läßt sich beim heutigen Stande der Weltwirtschaft nicht mehr durchführen, weil die sogenannten Kolonialartikel, wie Kaffee, Tee, Reis, Baumwolle usw. nicht mehr bloße Luxus-, sondern meistens Bedarfsartikel geworden sind.“ Diese sehr vernünftigen Worte stammen von keinem anderen als von dem durch seine Kolonialabenteuer und durch seinen Haß gegen die Sozialdemokratie bekannten Herrn Karl Peters. Weil aber diese Worte sich gegen die agrarische Gesetzgebung verwenden lassen, wie sie heute in Deutschland üblich ist, erregen sie den heftigen Zorn der Deutschen Tageszeitung, und es ist höchst lehrreich, wie sie ihrem Freunde Peters mit Argumenten auf den Leib rückt, die ebenfalls an sich ganz richtig sind. Die Deutsche Tageszeitung meint, eine solche deutsche Nationalwirtschaft herzustellen, die sich selbst mit allem Nötigen versorgt, sei auf alle Fälle notwendig mit Rücksicht auf die Gefahr eines Krieges. Das Blatt schreibt: „Während eines großen Seekrieges, ganz abgesehen davon, ob er glücklich oder unglücklich verläuft, wird der deutsche Handel in der Nordsee von selbst beinahe völlig stoclen, und auch der neutrale ... Die aus dem Kriegszustand erwachende wirtschaftliche Lage mit all ihren Rückschlüssen ist also etwas, womit Deutschland unter allen Umständen rechnen, worauf es sich also auch wirtschaftlich einrichten muß.“ Es müßte folglich allerdings das „Ideal einer deutschen Nationalwirtschaft“ hergestellt werden, „und zwar derart, daß Deutschland im Kriege, wenn Aus- und Einfuhr stoclen, die notwendigen Nahrungsmittel ausreichend aus sich selbst hervorbringt.“ Das ginge auch ganz gut, denn Kaffee, Tee, Reis und Baumwolle könnten wir schließlich während eines Krieges, „ohne Erschütterung der nationalen Widerstandskraft“ entnehmen.

Es läßt sich, wie gesagt, nicht verkennen, daß diese Argumente im wesentlichen ebenso richtig sind, wie die entgegengesetzten Ausführungen des Herrn Peters. Kein denkender Mensch wird sich der Erkenntnis verschließen, daß die Abschließung eines großen europäischen Reichs von der Weltwirtschaft heutzutage ein Ding der Unmöglichkeit ist. Doch ebensowenig läßt sich bestreiten, daß im Falle eines Krieges solche Abschließung eintreten wird, und daß man demnach, solange Kriege möglich sind, sich schon in Friedenszeiten darauf einrichten muß. Wo liegt die Lösung dieses vollkommenen Widerspruchs?

Man hat ja die Deutsche Tageszeitung in ihren letzten Worten zweifellos einen groben Fehler gemacht. Vielleicht finden wir von dort aus den Schlüssel des Rätsels. Wenn wir schon von Kaffee, Tee und Reis schweigen wollen, so ist es doch eine sehr gewagte Behauptung, daß wir die Baumwolle entnehmen könnten! Wie denkt sich das wohl die Deutsche Tageszeitung? Sollen die Arbeiter sich mit einem Mal sämtlich in Wolle kleiden? Das muß ja wohl gemeint sein, denn nur Wolle könnte — vielleicht — Deutschland in genügendem Maße hervorbringen. Aber, verehrte Deutsche Tageszeitung, wer zahlt das? Wollene Kleidung, wollene Hemden, wollene Unterhosen, sind bekanntermaßen viel teurer als baumwollene. Und wenn eines Tages die Einfuhr von Baumwolle aufhört und eine sozial gesteigerte Nachfrage nach Wolle einsetzt, so ist sehr gegen eins zu wetten, daß alles, was Wolle heißt, noch gewaltig in Preise steigen wird. Das fällt dann zusammen mit einer allgemeinen Arbeitslosigkeit — man denke z. B. nur an das plötzliche Stoclen der gesamten Baumwollindustrie, die heute bereits über eine Million Menschen beschäftigt — und dann sollen die Arbeiter sich die so viel teureren wollenen Bekleidungsgegenstände kaufen? Ganz das Gleiche gilt aber auch für alle anderen Gegenstände des Bedarfs, nicht nur für die importierten, sondern auch für die einheimischen. Angenommen, daß Deutschland in der Lage sei, genügend Getreide für die Ernährung der gesamten Bevölkerung zu produzieren. Aber was wird es im Kriegsfalle kosten? Werden nicht — nach dem bei der Bourgeoisie so beliebten Gesetz von Angebot und Nachfrage — die Produzenten und Händler alsbald mit den Preisen in die Höhe gehen? — Und dann die Kohlen! Heute schon behauptet das Kohlenprodukt nur durch billige Verkaufte an das Ausland sei es in der Lage, auch für das Inland Kohlen zu liefern. Nun fallen in Kriegszeiten die Geschäfte mit dem Ausland fort. Die „logische“ Konsequenz wird also sein, daß die inländischen Käufer um so viel mehr zahlen müssen oder keine Kohlen kriegen.

Wohin wir blicken, das gleiche Bild: es mag vielleicht denkbar sein innerhalb Deutschlands so viel zu produzieren, daß man zur Not über eine Kriegszeit hinwegkommt, aber das hilft nicht viel, solange die Preise ins Unermessliche steigen. Wenn es wahr ist, daß Deutschland sich auf die aus dem Kriegszustand erwachende Lage wirtschaftlich einrichten muß, dann genügt dazu nicht die Vorfrage, daß alles Nötige produziert wird, sondern es muß auch den Konsumenten, die es brauchen, zugänglich gemacht werden. Und damit kommen wir an den springenden Punkt der ganzen Frage.

Man strebe sich den Kriegszustand vor. Alle Einfuhr hat aufgehört, die deutsche Nationalwirtschaft ist ganz auf sich allein angewiesen. Will man die eben dargelegten Uebelstände vermeiden, will man vermeiden, daß trotz genügender Vorräte und genügender Produktionskraft die grauigste Hungersnot ausbricht und die Widerstandskraft des Volkes von innen heraus zerbrochen wird — dann wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als daß sich der Staat um die Verteilung der Güter kümmert. Die weitaus größte Masse des Volkes wird nicht zahlen können; will man sie nicht in Hunger und Kälte untergehen lassen — und wo ölsie dann die

... die Kraft der Nation! — so wird man ihr wohl ohne
Regelung geben müssen, was sie braucht. An Stelle des
Geldes wird als Maßstab der Verteilung das Bedürfnis des
Individuums, im allgemeinen Interesse der Nation. Denn aber wird
es sich sehr schnell als nötig erweisen, auch mit regelnder Hand in
die Produktion einzugreifen. Denn wenn der Staat, um seiner
eigenen Existenz willen, jedem Bürger geben muß, was er braucht,
dann kann er nicht ins Blaue hinein produzieren lassen. Er wird
vielmehr dafür sorgen müssen, daß die Produktion sich
dem Bedarfsanpaßt.

Was wir da ausführen, sind einfach die logischen Konsequenzen
des ganz berechtigten Verlangens der Deutschen Tageszeitung,
Deutschland solle sich auf den Kriegszustand, mit dem es unter allen
Umständen rechnen muß, wirtschaftlich einrichten. U. d. doch ist
solche „Einrichtung“ nichts anderes, als genau der Wirtschaftszustand,
den wir Sozialdemokraten erstreben! Die Agrarier werden damit freilich nicht einverstanden
sein; sie werden unter der „wirtschaftlichen Einrichtung“ nur, daß
der Staat Maßregeln treffen soll, um ihnen die Produktion und den
Verkauf ihrer Produkte mit recht hohem Profit zu ermöglichen.
Aber daraus ergibt man eben nur, daß die wirkliche militärische,
die wirtschaftliche Verteidigungskraft eines Volkes durchaus
sozialistische Einrichtungen erfordert.

Deutschland.

Rückwärts, rückwärts!

Der kleinen Strafgesetznovelle hat die Sozialdemokratie die
rationalen Gesichtspunkte ausbreiten können. Nach ihrem glänzenden
Erfolg bei den Reichstagswahlen wagten die bürgerlichen
Parteien es nicht, das Volk aufs neue durch eine herausfordernde
Verschlechterung des Strafrechts, durch einen frechen Anschlag auf
das ohnehin schon als eingetragene Recht der freien Meinungsäußerung
und Kritik in Wort und Schrift aufzureizen — für die
Verschärfung der Beleidigungsparagraphen hätte sich im Reichstag
keine Mehrheit gefunden.

Aber die Reaktion hat deshalb auf ihre Pläne keineswegs verzichtet.
Sie sind nur verschoben worden. Im neuen Strafgesetzbuch,
an dessen Entwurf eifrig gearbeitet wird, denken sich die
Rechtskämpfer ein brauchbares Werkzeug politischer Unterdrückung
zu schaffen. Der Borentwurf schon enthält eine Reihe von
Kauschparagrafen über politische Vergehen und Verbrechen, die in
ihrer unbestimmten Fassung geradezu darauf angelegt sind, jegliche
politische Agitation, die den herrschenden Klassen nicht paßt, dem
Strafrichter anzuliefern. In diesem Zweck wird weit hinter die
Bestimmungen des geltenden Rechts zurückgegangen. Die Strafrechtskommission,
die zurzeit den Borentwurf durchberät, hat jedoch
den Abschnitt über die Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche
Ordnung beibehalten. Wie sie dabei gemauert hat, das mag der
folgende Bericht zeigen, den die Schatzkammerpresse mit vielem
Bergnügen veröffentlicht.

Im Dezember 1910, als aus Anlaß der Moabiter Streik-
krawalle gefegende Maßnahmen gegen derartige Unruhen im
Reichstag und preussischen Landtag gefordert wurden, lehnte der
Reichskanzler solche Maßnahmen mit dem Hinweis ab, daß bei
der kommenden Neugestaltung unseres materiellen Strafrechts eine
Erweiterung der Strafbestimmungen gegen die Aufwiegelung und
die Verherrlichung begangener Verbrechen in Aussicht genommen sei.
Das geltende Strafrecht erklärt nur die Aufforderung zu be-
stimmten Handlungen für strafbar. Der Borentwurf für ein neues
Strafgesetzbuch will jedoch dem Aufforderer zur Begehung von Ver-
brechen oder zur Aufhebung gegen Gesetze das Aufreizen gleich-
stellen. Dieser Vorschlag geht von der Erfahrung aus, daß gerade
die gefährlichsten Volksaufwiegelungen die Form der Aufforderung
annehmen und dafür die jetzt straflose Anreizung wählen. Aus
diesem Grunde erschien es notwendig, einen wirksamen Schutz der
Ordnung gegen die Sicherheit des Staates zu schaffen. Dabei soll
nicht nur die Aufforderung zur Begehung von Verbrechen oder
Vergehen, sondern auch die Anreizung zur Aufhebung gegen Gesetze
oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit
machend ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen unter Strafe
gestellt werden.

Der Strafrechtsausschuß, der jedoch den Abschnitt des
Borentwurfs über die Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche
Ordnung beibehalten hat, hat an dem Borentwurf außer rein formalen
Änderungen in sachlicher Beziehung nach einer Verschärfung ver-
standen, indem er das Merkmal der Verherrlichung der begangenen
Verbrechen nur bei der Anreizung zum Ungehorsam bestehen ließ,
während es für die Aufforderung zur Begehung von Verbrechen
und zur Aufhebung gegen Gesetze nun in jedem Fall gekommen ist.
Der Borentwurf sieht weiterhin eine Bestimmung vor, nach
der die Verherrlichung begangener Verbrechen ebenfalls unter Strafe
gestellt wird. Dieser Vorschlag geht von dem Gedanken aus, daß
es ganz ohne Vermeidung strafbar macht, der zur Begehung
eines Verbrechens andere anreizt, indem er die Tat als erlaubt
darstellt oder rühmt. Ein solcher Rufworts ist jedoch selten zu
finden, weil gerade die gefährlichen Redner an der Spitze der
Verherrlichung, von der sie die Wirkung von selbst erwarten, sich
gründen lassen, ohne irgendwelche Strafe für ihre Anreizparolen
zu fürchten. Gegen dieses Verhalten, die sogenannte agitative
Verherrlichung, rühmt sich nun der Strafrechtsausschuß des Borentwurfs.
Nach dieser Bestimmung hat der Strafrechtsausschuß überlassen
an der Verschärfung, daß die Verherrlichung von Verbrechen in
einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise geschehen müsse.

Die neuen Bestimmungen läßt sich jede Rede und jeder
Zusammenstoß eines Sozialdemokraten, die politische und soziale Lage
zum Gegenstand haben, vor dem Strafrichter bringen. Denn jede
scharfe Kritik der bestehenden Zustände läßt sich bei Bedarf als eine
Anreizung zur Begehung von Verbrechen oder zur Aufhebung
gegen die Gesetze deuten. Die Unbestimmtheit des Begriffs der
Anreizung liefert die Auslegung, welche der Richter der Richter aus-
sagt. Und was kann ein Richter — jenseit der geschichtlichen
— nicht alles an eine „Verherrlichung“ eines Verbrechens denken?
Der Richter, der Rechte unter nach der Gesetze streifen
hat den Richter, zu erklären, wie sie aus dem Munde des Täters,
aus den Mäulern der die Gesellschaft an ihm beging, notwendig
entpfehen, alles das wird bei Bedarf als „Verherrlichung eines Ver-
brechens“ ausgelegt werden. Sie können die Auslegungsfreiheit
der Richter zum Grunde nehmen, um zu zeigen, daß solche Urteile durch-
aus im Bereich der Möglichkeit liegen. Die Richter können
die Konstellationen angeben, unter denen das Verbrechen als Teil
rechtmäßig ist. Bedenkt man, daß der Richter nach dem Gesetz
nicht zum Richter. Sollte man aus dem Gesetze nicht zu etwas
eine Verherrlichung des Verbrechens herausfinden können?

Und diese Verherrlichungen des Verbrechens werden der
Reaktion auch nicht einmal genug! Sie hat in noch verschärfter
die „Anreizung“ zu Verbrechen und Vergehen soll auch dann
strafbar sein, wenn sie keine Verherrlichung der begangenen Verbrechen
beinhaltet. Es ist zwar nur ein Zusatzartikel, den die Kom-
mission vorschlägt, ein Zusatzartikel, über den kein Bericht je ge-
geben wird. Aber der Bericht zeigt die Tendenz, die die Arbeit
der Kommission leitet.

Es wird eine große Gefahr aus dem neuen Strafrecht gehen.
Die Sozialdemokratie wird alles aufwenden müssen, um die recht-
lichen Anschläge abzuwehren. Sie aber werden sich die bürgerlichen
Parteien, vor allem die Liberalen, vergolten!

Kulturpioniere.

Aus Breslau berichtet die Danziger Ostpreussische Post
vom 1. Juni folgendes:

Die Herrenstellung der Europäer gegenüber den Eingeborenen
wird leider nur zu häufig von Angehörigen der weißen Rasse
in fälschlicher Weise ausgelegt und zu Ausschreitungen benutzt, die
man sie ansehen, wie man will, schwer zu tadeln sind. Darunter
gehört auch das grandiose Festen von Hunderten auf Eingeborene.
Vor einigen Jahren konnte man regelmäßig abends in einem hiesigen
Hotel einen älteren Herrn bemerken, der, in der Veranda
sitzend, seinen Terrier auf vorübergehende Botschaften und seine
gute Freude daran hatte, wenn sich der Hund in das Kanu des
Jungen setzte. Daß der Roter dem Jungen die Kleidung zerriß,
das störte den Braven absolut nicht, im Gegenteil, er konnte sehr
unangenehm werden, wenn ein Boy Miene machte, den Hund ab-
zuwehren. Und dieser Fall steht nicht vereinzelt da. So konnte
man erst vor einigen Tagen drei in der Dämmerstunde spazieren-
gehende Europäer beobachten, die einen in ihrer Begleitung befind-
lichen großen Hund auf mehrere kleine Regierungen zu heßen ver-
suchten, die am Wege spielten. In diesem Falle dachte der Hund
allerdings anständiger als seine Herren und reagierte nicht. Ein
aufmerksamer Beobachter des Straßenebens unserer Stadt erzählte
uns, daß er gesehen habe, wie ein kleiner Europäerjunge sich all-
abendlich vor dem Geschäftslokal seines Vaters aufstellte, um den
von ihrer Arbeit kommenden Regierboys auf die Kanus zu spucken.
Wurde einer der so attackierten Botschaften ungemütlich, so stürzte der
Vater wutentbrannt mit dem Kufe auf die Straße: „Wißt
ablassen, du Scherz, du!“ Das sind alles recht bedauerliche Vor-
fälle, die zusammen mit dem Verhalten mehrerer Weissen gegen-
über den Rindshawbons einen nicht unwesentlichen Grund für die
sogenannte Regierfreiheit bilden, und dem Prestige der weißen
Rasse keineswegs zu dienen geeignet sind. Würde im Aufreizen
und Mäßigung im Benehmen fördern die Wahrung der Herren-
stellung viel mehr, als solche kleine Genüßlichkeiten, die nur Er-
bitterung und versteinerten Haß hervorrufen.“

Es ist klar, daß sich solche Kulturpioniere nicht mit schwarzen
Weibern vermischen dürfen. Das könnte die Herrenrasse schädigen!

Ohrfeigen und Gefängnis.

Ein 15-jähriger Junge aus Schlierbach bei Marburg hatte eines
Tages die Kirchenlehre in benachbarten Hartenrod besucht. In der
Kirche hatte der Junge auf einem hinteren Sitz Platz genommen
und sich durch Laufen bemerkbar gemacht. Auf die Aufforderung
des Pfarrers, sich nach vorne zu legen, hatte er geantwortet: „Ich
kann hier so gut sitzen wie dort!“ Der Pfarrer ohrfeigte
darauf den Jungen und wies ihn hinaus. Das Landgericht in
Marburg verurteilte nun nach der „Hess. Landeszeit.“ den Jungen
unter Freisprechung von der Anklage der Störung des Gottes-
dienstes wegen jener Äußerung wegen „Beleidigung“ des Pfarrers
zu einer Woche Gefängnis! Man weiß nicht, worüber man
sich mehr wundern soll: über den Pfarrer, der sich durch diese
Äußerung des Jungen beleidigt fühlt, ihn ohrfeigt und ihn zur
Anzeige bringt, oder über das Landgericht, das den Jungen auf eine
Woche ins Gefängnis setzt. Aber das hat sich in Preußen-Deutsch-
land abgelehnt und da verlernen man das Hundern!

Eine Viehzählung findet wieder am 2. Dezember d. Js. statt.
Es ist eine sogenannte große Viehzählung. Sie geschieht durch Um-
frage bei den mehrtägigen Haushaltungen und sonstigen Besitzern
von Vieh. Es sind 3. A. auch Viehbestände in Schlachthäusern,
Pferde in Bergwerken mitzuzählen. Ebenso sind Schlächtungen in
Haushaltungen, in denen zur Zeit der Zählung kein Vieh gehalten
wird, mitzuzählen. Mit der Viehzählung wird eine Ermittlung
des Verkaufswerts des Viehbestandes verbunden.

Das Aufschwimmen des Pensionats. Wilhelm der Zweite
befindet sich auf seiner Nordlandreise, aber die große Säge steht
deshalb nicht still. Aus Rostock kommt ein kräftiger „blauer
Brief“. Aus dem Meer scheiden danach 3 Generalmajore, 3 Ober-
lieutenants, 2 Oberleutnants, 10 Majore, 6 Hauptleute, 13 Oberleutnants,
15 Seemanns. Die Neubelastung des Pensionats
beträgt rund 150 000 Mark. Dabei ist der Monat
Juli, ebenso wie der August, einer der Monate, in denen schon mit
Sicherheit auf die bevorstehenden Monate die geringsten Verschle-
ssungen im Dienstverhältnis eintreten. Am schlauesten sind die Ver-
änderungen im September und Oktober und dann noch einmal zu
Anfang des Jahres. Der Pensionatsetat schwankt laminarartig an;
nach ein paar Jahre, und 200 Millionen Mark jährlich sind voll.

Ausland.

Großbritannien.

Die auswärtige Politik Englands:

Wurde vom Premierminister Asquith im Unterhause in einer
langen Rede behandelt. Er meinte, daß England eine Politik
des Friedens betreiben und für die Zukunft aus: „Ich sage es mit
Überzeugung, daß wir keinen Anlaß haben und, soweit ich weiß, keine
Gelegenheit für einen Streit mit irgend einem Lande in irgend einem
Teil der Welt.“ Wir haben ohne den geringsten Arg-
wohn und ohne irgendwelchen im Gegenteil, mit Gleichmut und
mit der Absicht auf solche besonderen Unterredungen und Mei-
nungsäußerungen, wie sie z. B. zwischen England und Deutsch-
land im vergangenen Jahre stattfanden. Unsere Beziehungen zu dem großen
Deutschland sind in diesem Augenblick, wie ich mich
denken kann, in keiner Weise schlechter, als sie es vor
einigen Jahren waren. Beziehungen vollkommen
gleichmäßig und vollkommen gutem Willen, und ich bin ge-
wisst, daß sie nicht schlechter werden werden. Lord Haldane
machte in Anfang des Jahres in Berlin einen Besuch. Er trat in
Verhandlungen und Konversationen ein, die weiter auf beiden
Seiten in guter und freundschaftlicher Fortge-
setzt werden sind. Das größte Interesse Großbritanniens ist der
Friede der Welt. Wenn irgendwo eine Gefahr wie überall
auch die Ausgeborenen für Kämpfungen in verhängnisvoller
Weise entstehen, so gibt es keine Macht in der Welt, die nicht ganz
gerne bereit ist, alles zu tun, was in der Welt ist, und soweit wir
vermögen, werden an dieser Angelegenheit teilzunehmen, wir keinen
kapitulieren, und werden sie verfolgen. (Beitrag) Wir begeh-
ren unser Schicksal. Wir haben weder den Wunsch noch
die Absicht, uns zu verhalten, das Gebot unserer Verantwortlichkeiten
zu verletzen.“

Im Sinne der Instanzen beantragte der radikale Pensionat
eine Verminderung des Pensionats und forderte die Herbei-
führung freundschaftlicher Beziehungen zu
Deutschland, wodurch das finanzielle Verhältnis ganz überflüssig
werden würde. Der Edward Goss erwiderte ihm, es könne nicht stark
genug betont werden, die Länder die Seiten der Kämpfungen seien,
auch Länder, die die Regierung unterstützen. Er hoffte, daß die interna-
tionalen Beziehungen in Zukunft so möglich werden würde, daß
man ganz von Streitigkeiten mit mehr zum Zweck, sondern mit
einem Zweck an andere Leistungen erlangen würde. Hierauf be-
sprachte der Edward Goss die Verminderung des Pensionats, daß die
gegenwärtige Politik vollkommen ist für die großen Ausgaben
für die Kämpfungen. Pensionat würde, daß England keine be-
stimmten Gründe in der auswärtigen Politik habe. Dies würde
zu der Seite der gleichzeitigen Pensionat zurückgehen, wie sie von
1880 bis 1890 betragen habe. Diese Politik habe Gründe von

Kriegen mit Frankreich, Rußland und Deutschland verursacht und
hätte zu politischen Meinungen mit allen diesen Ländern geführt.
Wenn man in diese Politik zurückkehre, so werde man die Flotte
nicht nach dem Ein- oder Zwei-Mächte-Standard, sondern nach
einem noch viel höheren bauen müssen. Wir haben Freundschaften
mit Frankreich und Rußland geschlossen, mit denen wir so lange
viele Kämpfungen gehabt haben und wenn wir diese Herzlichkeit
sich verringern lassen, so werden die alten Ursachen zu Kämpfungen
wieder entstehen.

Türkei.

Die Offiziersliga gegen die Kammer.

In der Kammer teilte der Präsident mit, daß ein Offizier in
seinem Hause einen von der Offiziersliga unterzeichneten Brief
hinterlassen habe, in dem die Schließung der Kammer binnen 48
Stunden verlangt werde. Das Ultimatum rief einen Sturm der
Entrüstung hervor. Alle Redner sprachen der Liga ihre Verachtung
aus und erklärten, die Abgeordneten würden bis zum Tode Wider-
stand leisten. Die Kammer beschloß einstimmig, den Großwesir und
den Kriegsminister um Erklärungen zu ersuchen und erklärte sich
in Permanenz.

Die Unruhen in Albanien.

Nach Nachrichten aus Triestina haben die ausländischen Al-
banier die Stadt besetzt und drohen mit dem weiteren Vormarsch.
Alle Telegraphenlinien sind zerstört. Der Ministerrat beschäftigte
sich am Mittwoch hauptsächlich mit der Albanierfrage. Nach ver-
schiedenen Telegrammen aus dem Aufständigen gebiet verlangen die
Albanier ein Großwesirat Kiamil und die Auflösung der Kammer.
Im Ministerrat wurde endgültig die Entsendung einer Mission nach
Albanien beschlossen.

Bereinigte Staaten Nordamerika.

Wilsons Kampf gegen Roosevelt.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Wilson lud den
Führer der Demokraten Bryan zu einem dreitägigen Besuch ein, der
der Bepfischung der Wahlkampagne gilt. Bryan soll Roosevelt
überall auf dem Fuß folgen und ihn wegen Aneignung demokra-
tischer Gedanken nach jeder Rede an Ort und Stelle bekämpfen.
Diese Aufgabe ist Bryan sehr sympathisch.

Kleine politische Nachrichten.

Die Ruhr auf dem Truppenübungsplatz von Döberitz. Bei
dem militärischen Arbeitskommando des Truppenübungsplatzes Döberitz
erkrankt, bei vier von ihnen ist bakteriologisch Ruhr festgestellt. Der
Verlauf der Krankheit ist bisher durchweg leicht. Die Militärbehörde
erklärt, alle Vorkehrungen getroffen zu haben, um einer Weiterver-
breitung der Krankheit vorzubeugen.

Bei der Landtagserstwahl für den verstorbenen fortschrittlichen
Abgeordneten Peltastohn in Wongrowitz-Mogilno sind die Urwahlen
auf den 23. September, die Abgeordnetenwahlen auf den 11. Oktober
festgesetzt worden.

Der Berliner Polizeipräsident hat die gleichartige Regelung
der Polizeistunde für Groß-Berlin abgelehnt.

Der diesjährige preussische Städtetag wird am 8. und 9. Oktober
in Düsseldorf stattfinden.

Der neue Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Dr. Schnee, ist
nach einer telegraphischen Meldung am 22. Juli in Daresalam einge-
traffen und hat die Geschäfte des kaiserlichen Gouvernements am
gleichen Tage übernommen.

Bewerkschaftsbewegung.

Außerordentliche Gaukonferenz

des deutschen Bauarbeiterverbandes, Gau Bromberg
abgehalten am 21. Juli 1912 in Thorn.

Zu der Konferenz am 21. Juli 28 Zweigvereine 55 Delegierte,
26 kleine Zweigvereine waren nicht vertreten. Für den Hauptvor-
stand war der Kollege P a p l o w anwesend. Auf der Tagesord-
nung standen:

1. Der Deutsche Bauarbeiterverband im Gau Bromberg.
2. Anträge.
3. Wahl eines Gauvorsitzenden.
4. Ausblick auf das Jahr 1913.

Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Wende-
Bromberg und Retowski-Thorn und zu Schriftführern die Kolle-
gen Treder-Danzig und Strahlendorf-Bromberg berufen.

Genosse G e h l führte zum 1. Punkt der Tagesordnung etwa
folgendes aus:

Nachdem der deutsche Bauarbeiterverband ins Leben getreten
war und der neue Gau sich konstituiert hatte, zeigte es sich bald, daß
die Agitation besonders in dem neuen Teile des Gaus äußerst
schwer war. Einmal lag Danzig sehr weit von diesem ab und bis
zum Schluß des Quartals war auch noch der Gau Königsberg zu
bearbeiten. Dann aber fehlte es — und fehlt zum Teil heute noch
— in vielen Verbandsorten an den nötigen Lokalen zum Abhalten
von Versammlungen. Häufig kommt es vor, daß man uns die
Lokale abtreibt oder unverschämte Wirte verlangen mitunter, daß
die Kollegen den größten Teil ihres Lohnes in den Wirtschaften um-
legen. Auch die Behörde stellt sich uns hindernd in den Weg. So
macht die Polizei in Westpreußen auf Veranlassung des Regie-
rungspräsidenten lebhaft Anstrengungen, unsere Vereine als po-
sitiv zu erklären. Die Thorn-er und Strassburger Behörden tun sich
in dieser Hinsicht ganz besonders hervor. Ebenso die Bromberger.
Bis jetzt sind die Mühen erfolglos geblieben, obwohl es vorkommt,
daß unsere Kollegen von Spitzeln überwacht werden. Dringen wir
in einem neuen Ort ein, so ist zehn gegen eins zu werten, daß sich
auch die Christen oder die Polen in kürzester Frist melden. Und
auch der Probst wird mobil gemacht, um unsere Bewegung in
Grund und Boden zu donnern.

Zur Förderung der Agitation sind in Danzig und Grünberg
i. P. Konferenzen für die fraglichen Gebiete abgehalten
worden. Außerdem arrangierte der Gauvorstand 236 Versammlun-
gen, 135 Sitzungen und 49 besondere Revisionen. Ferner 35
Unterhandlungen mit den Unternehmern. 86 verschiedene Hand-
zettel und 3 Flugblätter mußten diese Arbeit unterstützen. 1504
Post- und 3 Zettelblätter 2626 Ausgänge gegenüber. Der Gauvor-
stand hielt 12 Sitzungen zur Erledigung seiner Geschäfte ab.

Die Konjunktur im Gau Bromberg kann als mittel-
mäßig bezeichnet werden. In Elbing, Danzig, Thorn, Bromberg,
Köpen und einigen kleineren Provinzialstädten Pokers ist die Bau-
tätigkeit gut. In Graudenz setzte sie gut ein, fiel dann aber ab und er-
holt sich nur langsam. Ueberaus schlecht steht die Konjunktur in
Hoyerswerda. Hier sind es vor allem die unglücklichen Bodenverhält-
nisse, die eine Baulust nicht aufkommen lassen. Wohnungsnot
herrscht besonders in Danzig und Elbing. Für den letzteren
Ort läßt sich die Wohnungsnot durch eine vom Magistrat auf Ver-
anlassung der sozialdemokratischen Stadtverordneten aufgenommenen
Statistik deutlich erkennen.

1	Zimmerwohn. waren 5139 vorhanden, leer standen	51 = 0,99 %
2	" " " " " " " "	30 = 0,46 %
3	" " " " " " " "	14 = 0,83 %
4	" " " " " " " "	7 = 0,99 %
	(normal)	
5	" " " " " " " "	8 = 2,37 %
6	" " " " " " " "	8 = 3,36 %

Aus dieser Tabelle geht der ganze Jammer des Kleinwohnungswehens der Stadt Elbing hervor. Viele Arbeiterfamilien konnten zum Oktober-Umzug keine Wohnungen erlangen und mußten in städtischen Gebäuden untergebracht werden.

Der Magistrat will die Gartenstadt-Gesellschaft veranlassen, in Elbing Kleinwohnungen zu bauen und dieses Unternehmen mit billigen Geldmitteln unterstützen.

In Danzig ist der freisinnige Magistrat vor dem Ansturm der Haus- und Grundbesitzer-Vereine müllig zurückgewichen und unterläßt es jetzt, eine Statistik über die Danziger Wohnungsverhältnisse aufzunehmen. Seine frühere statistische Arbeit hat nämlich vor den gestrengen Herrn Hausbesitzern keine Gnade gefunden. Sie bezweifelten ihre Richtigkeit und haben es dahin gebracht, daß der Magistrat sich entschloß, die weiteren statistischen Erhebungen bis nach „Errichtung des Statistischen Amtes“ zurückzustellen. Ob das Statistische Amt jemals eine Wohnungsstatistik vornehmen wird, wissen wir nicht; bis jetzt ist darüber nichts bekannt geworden.

Ueber die Mitgliederbewegung im Gau in den einzelnen Quartalen gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Quartale	Maurer	Hilfsarbeiter	Summa	Zahl der Zweigvereine	Zahl der verkauften Marken
I.	4530	2752	7282	34	34 731
II.	5402	3362	8764	41	101 563
III.	5634	3574	9208	45	106 193
IV.	5444	2935	8379	45	91 398

Im Jahresdurchschnitt beträgt die Mitgliederzahl 8408,25. Beitragsmarken wurden im ganzen verkauft 333 885.

In den Deutschen Bauarbeiterverband wurden übergeschrieben 4506 Maurer und 2493 Hilfsarbeiter, zusammen 6999 Mitglieder. Aufgenommen wurden 1911: Maurer 2146, Hilfsarbeiter 2158, zusammen 4304 Mitglieder. Zugereist sind 819, so daß ein Zugang von 5123 Mitgliedern zu verzeichnen ist.

Abgereist sind 1278, gestorben 73, ausgeschlossenen 40, ausgetreten 230, zum Militär eingezogen 330 (die können allein ein kleines Bataillon bilden), und wegen Schulden mußten gestrichen werden 1792 Mitglieder. Es ist also ein Abgang von 3743 zu verzeichnen, dem ein Zugang von 5123 Mitgliedern gegenübersteht. Wir haben also einen Gewinn von 1380 Mitgliedern. Auffallend ist der Mitgliederabgang vom dritten zum vierten Quartal. Dieser ist dem Rückgang der Konjunktur auf dem Fuße gefolgt.

Im Jahre 1912 fanden 10 Neugründungen von Zweigvereinen statt. In 1 1/2 Jahren hat sich deren Zahl um 24 vermehrt. Die Mitgliederzahl stieg von 6999 am Schluß des vierten Quartals 1910 auf 9630 am Schluß des zweiten Quartals 1912. Es ist mithin in diesem Zeitraum ein Mitgliedererwerb von 2631 zu verzeichnen.

Der Bauarbeiterlohn liegt sehr im argen. Das beweist die Tatsache, daß wegen Verstöße gegen die Vorschriften der U.-allberufsgenossenschaften in Westpreußen allein 84 Unternehmer und 184 Arbeiter bestraft worden sind. Es wird hohe Zeit, daß die Gesundheit der an Bauten beschäftigten Arbeiter mehr geschützt wird und vor allen Dingen die Arbeiter auch hier zur energischen Selbsthilfe schreiten.

Die Unternehmer sind in unserm Gebiet gut organisiert, besonders in der Provinz Posen. Das Gleiche trifft zu für die Materialwarenhandeler. Die Ziegeleien haben einen Verband gegründet, dessen Leitung dem Posener Provinz-Verband der Unternehmer übertragen worden ist. Dieser entfaltet eine lebhafteste Tätigkeit.

Obwohl 1910 durch die Aussperrung viele Lohnbewegungen bis zum Jahre 1913 ihre Erledigung durch Abschließen von Verträgen gefunden haben, hatten wir im ganzen 34 Lohnbewegungen zu erledigen. Davon waren die in Lissa i. P., Ronitz, Schönlanke, Britzsch (Zweigverein Schönerin) und Br. Stargard solche Bewegungen, für die Verträge 1910 nicht abgeschlossen werden konnten. Mittlerweise sind für die genannten Orte auf der Grundlage des Tarifmodells und Dresdener Schiedsspruches Verträge zustande gekommen, mit Ausnahme von Lissa i. P. Die dortigen Unternehmer weigerten sich bis auf den heutigen Tag, den Dresdener Schiedsspruch anzuerkennen und mit uns einen Vertrag zu schließen. Daran änderten die wiederholten Unterhandlungen ebensowenig wie die Beurteilung der Unternehmer durch das Zentralschiedsgericht. Daß dieser Zustand einreißend konnte lag daran, daß ein Teil unserer Mitglieder während der Aussperrung 1910 dem Verbanne den Rücken gekehrt und nicht ausgesperrt zu werden. Das rächte sich nachher bitter. Die Unternehmer hatten dadurch unorganisierte Arbeitskräfte genügend zur Verfügung und konnten sich um die Anerkennung des Dresdener Schiedsspruches herumdrücken. Die uns treu gebliebenen Kollegen hatten infolge ihrer geringen Zahl nicht die Kraft gegen die Willkür der Unternehmer erfolgreich vorzugehen, obwohl von der Gewerkschaft kein Mittel unversucht blieb, in Lissa i. P. zu geordneten Zuständen zu kommen.

In Danzig haben wir fünf Abwehrbewegungen führen müssen. Bei diesen Bewegungen handelte es sich um die Nichtanerkennung des Lohntarifs. Weitere Abwehrbewegungen waren nötig in Schönbaum, Stuthof, Hammerstein und Bongrowitz.

In Schneidemühl haben die Christen die Baustelle kurzerhand mit ihren Leuten besetzt und dadurch unser Vorgehen unwirksam gemacht.

Allgemeine Lohnbewegungen führten wir, ohne daß es zum Streik kam, in Zoppot, Elbing, Rawitsch, Samotschin und Miloslaw. Ferner wurde ohne Streik in Posen für Zementarbeiter eine Bewegung erledigt. Zum Streik kam es in Obornitz, Schwetz und Schwerzen. Während in Obornitz und Schwetz die Bewegungen durch Abschluß von Verträgen in kurzer Zeit ihr Ende fanden, konnten sie in Schwerzen nicht endgültig erledigt werden. Wohl besteht dort ein Vertrag, derselbe ist aber von den zwei maßgebenden Firmen noch nicht anerkannt worden. Die beiden Firmen sind gesperrt worden.

Erreicht wurde durch die neun allgemeinen Bewegungen: In Zoppot und Obornitz je 3 Pfennige für 123 Maurer und 78 Hilfsarbeiter. In Elbing, Rawitsch, Samotschin und Schwetz je 5 Pfennige für 306 Maurer und 6 Pfennige für 197 Hilfsarbeiter. In Miloslaw konnte der Stundenlohn für 50 Maurer um 6 Pfennige und in Schwerzen um 7 Pfennige erhöht werden. Die Zementierer und Hilfsarbeiter in Posen konnten ihren Lohn bis 7 Pfennige erhöhen. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde erreicht in drei Lohngebieten für 115 Belegschaft um täglich 1 Stunde, in zwei Gebieten mit 126 Mitgliedern um 1/2 Stunde täglich und in einem Lohngebiet von 125 Beteiligten um 1/2 Stunde wöchentlich. Verträge wurden im ganzen 13 abgeschlossen. Alle Bewegungen sind für unsere Mitglieder erfolgreich geführt worden.

Mit Bestriedigung können wir feststellen, daß es auch in unserm Gebiete unauffällig vorwärts geht. Der Organisationsgedanke umfaßt immer weitere Kreise der Bauarbeiterschaft, eine Erfassung, die freudig zu begrüßen ist.

Gaffen wir uns nicht hetzen, halten wir fest und treu zusammen. Der Tag der Abrechnung mit der Reaktion wird kommen, sorgen wir dafür, daß dieser große Moment kein kleines Geschlecht vorfindet. (Lebhafter Beifall.)

Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag des Zweigvereins Danzig, das Referat über die Wohnpolitik für das Jahr 1913, zur Herbstgautkonferenz verlagert. Der Antrag Marienwerder, die Gautafse solle die Kosten für die Agitation in den umliegenden Orten von Marienwerder übernehmen, wurde abgelehnt. Der Zweigverein Posen und Grünberg hatte den Antrag gestellt, die Provinz Posen zu einem selbständigen Gau mit dem Sitz Posen zu machen, der Zweigverein Thorn stellte den Antrag, den Sitz des Gaus nach Thorn zu verlegen. Kollege Páplow erklärte, der Verbandsvorstand habe sich mit dieser Angelegenheit auch schon beschäftigt, sei aber noch zu keinem endgültigen Resultat gekommen, weiter würde in der Zukunft eine größere Reorganisation vorgenommen werden müssen. Kollege Páplow empfiehlt, weil die Konferenz keinen Beschluß über die Teilung des Gaus fassen kann, diese als Wunsch dem Verbandstag zu überweisen. Die Konferenz erklärte sich damit einverstanden.

Von den Bewerbern um den Posten im Gauvorstande wurden die Kollegen Schulz-Posen, Blendowski-Gräudenz und Obermeyer-Essen zur engeren Wahl gestellt. Gewählt wurde Schulz mit 35 Stimmen. Kollege Páplow erklärt darauf, daß der Kollege Schulz in Posen verbleiben wird und von dort aus ein ihm zugehöriges Gebiet bearbeiten soll. Asdann nahm Kollege Gehl zu einer kurzen Abschiedsrede das Wort.

Kollege Wende faßte das Ergebnis der Tagung in seiner Schlußrede zusammen. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die Verhandlungen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Eine Elendsbeichte.

So und nicht anders stellt der Jahresbericht des Marinewerft-Frauenvereins die Lage der Staatsarbeiter dar. Frau Verwaltungsdirektor v. Holleben legte dies Geständnis ab in dem Bericht für das Geschäftsjahr 1911/12. Wir entnehmen der Zusammenstellung folgendes:

Mit Ablauf des Vereinsjahres 1911/12 kann der Verein auf eine sechzehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Wie in den Vorjahren hat auch in diesem Jahre der Verein versucht, Not und Elend unter den bedürftigen Werftangehörigen zu lindern. Die Haupttätigkeit des Vereins erstreckte sich auf die Haus- und Krankenpflege. Die Kosten hierfür betrugen 3741,58 Mark. Die Hauspflege wurde durch Vermittlung der Vorstandsdamen und der Gemeindefrauen ausgebaut. Bedürftige Werftarbeiterfamilien wurden mit Lebensmitteln, wie Milch, Fleisch, Eier, Brot und anderen Naturalien, sowie mit Brennmaterialien versorgt. Mehrere Kinder erhielten Schuhe, Unterwäsche und Stoffe zu Kleidern. Zwei Mädchen wurden vollständig, ein Knabe teilweise zur Konfirmation eingeleitet. Drei Familien erhielten Bettwäsche. In einigen besonders dringenden und unverschuldeten Notfällen wurden auch Barmittel gewährt, Schulden für Lebensmittel beglichen und rückständige Wohnungsmieten entrichtet. Eine von den Arbeitern besonders dankbar anerkannte und gern in Anspruch genommene Einrichtung ist die kostenlose Gestellung von Hauspflegerinnen. Für besondere ärztliche Bemühungen oder Kurkosten für Krankenhausbehandlung, deren Kostenübernahme außerhalb der Pflichten der Betriebskrankenkasse der Kaiserlichen Werft lagen, übernahm der Verein in fünf Fällen die Kosten im Gesamtbetrag von 82,75 Mark. Einigen Familien, in denen die Frau längere Zeit krank danieder lag, stellte der Verein Wäschrinnen, bezw. Aufwärterinnen. Auch auf die Säuglingsfürsorge richtete der Verein sein Augenmerk. Für 56 Säuglinge aus Werftarbeiterfamilien wurde Erstklingwäsche geliefert. Ein Teil der Wäsche wurde von Werftmännern angefertigt und hierfür 49,12 Mark Rählohn verausgabt. An den Verein „Säuglingsfürsorge“ wurde ein Beitrag von 100 Mark gezahlt. In der Walderholungsstätte zu Heubude fanden auf Veranlassung des Vereins 31 schwächliche und kränkliche Kinder Aufnahme. Ferner fanden durch Vermittlung des Vereins drei besonders schwächliche Kinder Aufnahme in der Kinderheilstätte Zoppot. Am 17. Dezember 1911 fand die Weihnachtsgesamtsbesprechung im großen Saale des Werftspieghauses statt, bei welcher 133 Mädchen und 129 Knaben im Alter von 5-9 Jahren mit Kleidungsstücken, Büchern, Spielsachen und Süßigkeiten beschenkt wurden. Aus Mitteln des Reichsmarine-Amtes wurden von dem Herrn Staatssekretär dem Verein 3700 Mark zur Verfügung gestellt. Nur durch diese Zuwendung war es dem Verein möglich, den Werftarbeitern die bescheidensten Hilfen angedeihen zu lassen. Die Kasse verzeichnete bei einer Einnahme von 6480 Mark und einer Ausgabe von 6446 Mark einen Bestand von 34 Mark.

Also so sieht es in den Familien der Staatswerftarbeiter aus! Ein überaus trauriges Bild, welches durch Frau v. Holleben aufgezeichnet wird. Not und Elend unter den Werftangehörigen zu lindern ist der Zweck des Vereins. Gewiß, ein löbliches Beginnen. Unbestreitbar ist manche Träne der besorgten, der durch Not gebeugten Mutter getrocknet worden, aber wiewohl man das bestehende Elend lindern kann, wird man es durch solche Mittel nicht beseitigen können. Dazu gehört vor allen Dingen die Beseitigung der Ursachen, welche dieses Elend verursachen. Die bestehende kapitalistische Wirtschaftsform gebiert tagtäglich die unverschuldete Not, bringt Mütter und Kinder frühzeitig ins Grab. Nicht frühzeitig den Lebensmut ungezügelter Laufender. Man bedenke, das unverschuldete Elend ist derart groß, daß Staatswerftarbeiter, welche in einem angesehenen Musterbetriebe arbeiten, trotz dauernder Arbeit nicht in der Lage sind, Bekleidung und Erstklingwäsche zu beschaffen und den Mietzins zu entrichten. Bedenken muß man ferner, daß nur ein kleiner Teil der in Not lebenden Werftarbeiter Beihilfen erhielten, während der weitaus größere Teil aus bestimmten Gründen erst gar nicht meldet, oder infolge fehlender Mittel nicht berücksichtigt werden konnte. Statt Almosen und Beseitigung ist eine durchgreifende Erhöhung der Löhne unbedingt erforderlich. Die Arbeiter der Staatswerft aller Ressorts haben alle Ursache, angesichts dieser traurigen Verhältnisse, sich mit den Arbeitskollegen zusammenzuschließen und gemeinsam das zu erreichen, was dem einzelnen nicht möglich. Nicht betteln, nicht bitten, nur aktiv gestreben... muß die Lösung aller Arbeiter, auch der Staatsarbeiter sein.

Vom Frauen-Turnen.

Von einer Arbeiterturnerin wird einem Parteiblatt geschrieben: Turnen ist die Körperübung, die dazu bestimmt ist, Berufsfähigkeiten auszugleichen, den Organismus und die Muskulatur auszubilden und die schädlichen Stoffe des Körpers durch ausgiebige Bewegung zu entfernen. Hierzu ist aber unbedingt nötig,

daß man den Körper nicht beengt durch Korsett und Gürtel, sondern ihn möglichst der Luft, dem Licht und der Sonne aussetzt, ihm also Bewegungsfreiheit gibt. Frauen und Mädchen üben ihren Beruf größtenteils in sitzender Lebensweise aus. Hinzu kommen noch die schlecht gelüfteten Räume, in denen die Arbeiterinnen schon im unentwickelten Alter gezwungen sind, sich ihr Brot zu verdienen.

In den Anfängen des Frauenturnens mußten die wenigen, die den Wert der Selbstübungen erkannt haben, noch ihre Übungen im Park ausführen, der Park aber hindert jede körperliche Bewegung und bringt die größte Unfallgefahr. Hose und Bluse kamen bald an die Reihe, die in letzter Zeit der überaus vorteilhaften Kleidung der engen Hose mit dem Sweater Platz machen mußte. Dieser schließt vor Erfaltungen, da bekanntlich Trikot den Schweiß aufnimmt, den Gürtel unnötig macht und vor allem jeder Arbeiterin bei geringsten Kosten die Teilnahme an turnerischen Übungen ermöglicht, da die Anschaffung eines vollständigen Turnkostüms nicht nötig ist. Sie sehen, wie diese unsere Einführungen dem ernststen Willen entflammen, die Frauen zu dem zu machen, was sie sein sollen: ein an Körper und Geist rüstiges Geschlecht, das allen Anforderungen des Lebens gewachsen ist.

Veranlassung zu diesen meinen Ausführungen geben mir die Vorgänge, die sich noch so häufig abspielen. Sind es doch geradezu wir Turnerinnen, die allen pöbelhaften Anrempelungen des Publikums ausgesetzt sind. Wird uns doch oft empfohlen, Strümpfe zu stopfen, Hemden und Hosen zu flicken, Wäsche zu waschen usw., alles Sonntags nachmittags, wo doch jeder arbeitende Mensch gern einmal die Lasten des Alltags auf ein paar Stunden vergessen will. Sind es doch fast durchweg junge und ledige Mädchen, die sich da herumtumeln. Den verheirateten Frauen ist es ja meistens unmöglich, sich durch die vielen häuslichen und Kinder Sorgen im frühlichen Kreise der Turnschwestern neuer Kraft und Lebensfreude zu holen. Ich bin überzeugt, wenn dieselben Schimpfer in einen wogenden, mit Rauch und schlechter Luft gefüllten Tanzsaal treten, dann werden sie den „schwofenden“ jungen Mädchen nicht solche Worte zurufen. Wann werden diese alten Bockurteile verschwinden? Auch hat Schöpferin Natur, verbunden mit ungünstigen wirtschaftlichen und Lebensverhältnissen nicht immer das goldene Ebenmaß geschaffen. Auch hier werden von Erwachsenen, leider auch von Arbeitern, nicht wiederzugebende Ausforderungen, sollen gelassen. Halbwüchsige und Kinder stehen herum und sprechen mit Vorliebe solche Sachen nach, und lernen schon in der Jugend das weibliche Geschlecht verächtlich behandeln und ihre Bestrebungen zu verhöhnen.

Ich möchte hier an alle denkenden Arbeiter, Männer und Frauen die Bitte richten, auch wenn sie Gegner des Turnens sein sollten, uns Sonntags vor solchen Beschäftigungen zu schützen, so weit es in ihren Kräften steht, und uns damit vor dem sonst üblichen Spektakel aufzuheben. Ist es doch immer ein großes Stück ideale Arbeit, was wir ihnen zeigen, Arbeit im Gewande der Freude. So rufe ich allen zu, die da glauben, Turnen, Spielen, Wandern sei nur unnötige Spielerei, Geld- und Zeitverschwendung: „Dem Volke gilt's, wenn wir zu spielen scheinen!“

Wie die Sperlinge einen Mann um Lohn und Brot brachten.

Das heißt, die Sperlinge waren es eigentlich nicht — doch das kommt später. Gehen wir hübsch der Reihe nach. Als der Maurermeister Borchardt schickte in der vorigen Woche einige seiner Leute nach der Fahrtenheidstraße in die Villa eines Herrn Malthe. Neben anderen baulichen Veränderungen sollten vor die Ventilationsöffnungen der Speisekammer Drahtnetze gespannt werden. Einer der Leute mußte dabei einige Sperlingsnester zerstören. Von diesen enthielt eins halbflügige Junge. Herr Malthe besitzt zwei Knaben im Alter von 8-9 Jahren. Diese bettelten solange um die jungen Sperlinge, bis der Mann ihnen die Tierchen überließ. Nach Kinderart wurden die Vögel von den Knaben gequält. Das konnte der Held unserer Geschichte, der Kollege des Arbeiters, der den Wunsch der Kinder erfüllte, nicht mit ansehen. Er machte die Kinder darauf aufmerksam, daß lebende Tiere kein Spielzeug seien und nahm ihnen am zweiten Tage die Sperlinge fort, um sie in ein anderes Nest zu setzen. Die Knaben beklagten sich bei ihrer Mutter. Und diese Dame machte dem tierfreundlichen Proletarier Vorwürfe und fragte, was ihn eigentlich das angehe, wenn ihre Jungen mit den Vögeln spielten. Die ungnädige Gnädige soll dann zu dem Maurermeister gegangen sein und sich über den Proletarier beklagt haben. Am Donnerstag abend wurde er ohne Angabe von Gründen entlassen. Durch seine weiterarbeitenden Kollegen erfuhr er, daß die beiden Jungen sich ausgelassen haben: „So, nun muß der Fischer weggehen!“ — Nicht wahr, die beiden „Herrschaftskinder“ bekommen eine gute Erziehung?

Ausgetrocknete Hirne.

Die Hundstagshefte scheint die Redaktion der Danziger Neuesten Nachrichten arg mitgenommen zu haben. In der Nummer 173 Seite 2 befindet sich nachfolgende Notiz:

Das Baugewerbe in Deutschland steht vor einer neuen Gefahr. Am 31. März nächsten Jahres laufen die Tarifverträge ab, wobei die Arbeitnehmer (lies: Arbeiter. Red. d. B.) der Ansicht sind, daß der Ablauf möglichst zu umfangreichen Verbesserungen im Tarife in deren Sinne wahrzunehmen sei. Trotz einer gewissen Zerrissenheit im Arbeitnehmerverbande (lies: Arbeiterverbande. Red. d. B.), der durch den letzten Streik erheblich an Mitgliederzahl verloren hat, wird auf dieser Seite eine neue Kraftprobe in Erwägung gezogen, die neben dem materiellen Vorteil die Organisation wieder straffer anzusetzen soll. Jedenfalls ist man in den Kreisen der Arbeitgeber (lies: Unternehmer. Red. d. B.) auf eine längere Arbeitseinstellung während des kommenden Sommers gefaßt.

Wo die „gewisse Zerrissenheit“ in der Arbeiterorganisation besteht, ist uns unklar. Woher mag die Redaktion diese Weisheit haben? Nun zu dem Mitgliederverlust. Wir lassen die Mitgliederzahl des Deutschen Bauarbeiterverbandes folgen und empfehlen diese Ziffern den Danziger Neuesten zu eifrigem Studium, damit sie künftig ihren Lesern nicht mehr einen solchen Blödsinn vorsetzen: Vor dem Jahre 1911, also vor dem Kampfesjahre, bestanden 4 Organisationen im Baugewerbe: Zentralverband der Maurer, Zentralverband der Bauhilfsarbeiter, Zentralverband der Zimmerer und der christliche Bauarbeiterverband. Der Zentralverband der Maurer hatte am Jahreschluß 1909 einen Jahresdurchschnitt von 171337 und am Jahreschluß 1910 173836 Mitglieder, also ein Mehr von 2289 Mitgliedern. Der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter 1909: 57429 und 1910: 65572 Mitglieder, also ein Mehr von 8143 Mitgliedern. Wo ist hier der wesentliche Mitgliederverlust? Aber noch weiter, um den Mitgliederverlust zu beweisen. Seit dem Jahre 1911 haben sich die zuletzt genannten Verbände zum Deutschen Bauarbeiterverband verschmolzen und sind etwa 236000 zu demselben übergetreten. Am Schluß des Jahres 1911 zählte der Deutsche Bauarbeiterverband 295688 Mitglieder, das sind 59688 Mitglieder mehr, als die beiden alten Verbände besaßen. Nebenbei wollen wir bemerken, daß die Mitgliederzahl schon wieder in den letzten Wochen recht erheblich gestiegen ist und daß der Grundstein im Monat April in einer Auflage von rund 334000 Exemplaren verpackt wurde. Also soll man doch nicht von einem Mitgliederverlust fesseln. In ähnlicher Weise hat sich der Zentralverband der Zimmerer entwickelt.

Das Gewerkschaftsfest

der Vereinigten Freien Gewerkschaften Elbings, das am Sonntag stattfand und vom schönsten Wetter begünstigt war, hatte eine überaus starke Beteiligung aufzuweisen, ein Beweis, daß die Unabhängigkeit und Freiheit auch hier in Elbing der rechten Boden gefunden hat. Der Festzug, der die Gewerkschaftler nach dem Festlokalen Sanssouci führte, hatte nicht weniger als 1500 Teilnehmer aufzuweisen. Doch an dem Fest nahmen, wenn es langt, 5000 Personen teil, eine Unterstützung, wie sie es wohl noch keine Veranstaltung in Elbing gefunden hat. Das Fest selbst bestand in Konzert, Belustigungen, Vorführungen und Ball. Sämtliche Darbietungen, sowohl des Arbeitervereins, als auch des Arbeitergesangsvereins, ernteten reichen Beifall; er war auch reichlich verdient, denn beide boten ihr Bestes. Auch die aufgestellten Belustigungen und Unterhaltungen fanden regen Zuspruch. Der Ball, der am Abend stattfand, war so ziemlich besucht, daß wohl mancher dem Bergmühen Terschmore von weitem zusehen mußte. Das ganze Fest war ein Tag, auf den die Freien Gewerkschaften Elbings mit Zufriedenheit zurückblicken können. Hoffentlich hat die Veranstaltung dazu beigetragen, noch die den Freien Gewerkschaften Fernstehenden diesen zuzuführen, aber auch die Angehörigen der Freien Gewerkschaften zu stärken in dem Bewußtsein: Seid einig und ihr werdet das Ziel erreichen. —

Heber „Arbeitermangel in Elbing“ stößt die Elbinger Zeitung und sie führt das folgende Beispiel an: Das städtische Krankenhaus sucht einen Hausmann für monatlich 25 Mark bei freier Station, freier Wäsche usw. Es ist aber bisher nicht möglich gewesen, die Stellung zu besetzen. — Das wollen wir schon glauben. Rechnet man zu den 25 Mark monatliches „Salär“ für die Verpflegung noch 50 Mark dazu und 5 Mark für Wäsche „usw.“, so kommt der Mann, der gewiß keinen leichten Dienst haben wird, auf den horrenden Verdienst von 80 deutschen Reichsmark pro Monat oder ganzen 960 Mark jährlich. Daß es da niemand nach den Fleischtöpfen der guten Stadt Elbing gelüftet, wird man natürlich nur in den Kreisen der konservativen Elbinger Zeitung besonders erstaunlich finden.

Marienburg.

Herr Sandfuchs, der Erbbürgermeister von Marienburg, hat einen Sieg über die Stadt Marienburg davongetragen. In den Jahren seiner Herrschaft nahm er in der Ziegelgasse ein städtisches herrenloses Land, die sogenannte „Schlucht“, in Besitz. Neuerdings hieß es, die Stadt wollte auf Herausgabe des Landes klagen, da es sich um städtisches Eigentum handele. Ein eingeholtes Rechtsgutachten verneinte diese Auffassung jedoch. Die Stadtverordneten verzichteten daher auf die Verfolgung der städtischen Ansprüche.

In der Rogal erkrankte der zwölfjährige Sohn des Arbeiters Gröning aus Kallhof.

Danzig-Land.

„Wie das die Polizei so macht!“

Unlängst nahmen wir Gelegenheit, die in Ohra gegen den Inhaber und die Gäste unseres Parteilokals geübte Polizeipraxis zu skizzieren. Fünf Genossen waren durch die Polizei zu je 15 Mark und der Lokalinhaber zu 60 Mark Strafe verurteilt worden, weil die Gewerkschaftsvergnügungen, welche wir im fidelem Bauer abhielten, öffentliche Tanzlustbarkeiten (nach Ansicht des Amtsjeraganten Meschke) gewesen sein sollten. Gegen diese Strafmandate hatten die Genossen und der Lokalinhaber ebenfalls Einspruch erhoben. Daber mußte sich das Schöffengericht zu Danzig mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Vor demselben wurde dann die ganze Tätigkeit des Amtsjeraganten Meschke und auch die einer anderen, den Arbeitern sehr gut bekannten Person, aufgedeckt. Von Monat März bis in die neueste Zeit hinein wurden Zeugenvernehmungen veranstaltet, um den Genossen Brill und den Lokalinhaber, die nach Ansicht gewisser Leute als „schädliche Personen“ für Ohra gelten, matt zu setzen. Darum wurden alle Personen, von denen man erwartete, sie würden belastendes Material gegen uns liefern, vor den Amtsjeraganten Meschke geladen. Der hatte seine liebe Mühe, alle die vom Amtsjeraganten Meschke benannten Leute zu Protokoll zu vernehmen, denn es waren nicht weniger als 40—50 „Zeugen“ vorhanden. Nicht weniger als drei Anzeigen hatte Herr Meschke hinter einander erstattet. Darum das ausgebotene Heer. Die Verluste der Geladenen an Zeit und vermäurer Arbeit, die verloren gegangene Arbeitskraft der Gemeindebeamten machen ein ansehnliches Kapital aus. Und all das wurde umsonst vergudet!

Das Gericht holte 14 Zeugen geladen. Der Bendarmeriewachtmeister Spee wußte nichts von der Angelegenheit. Er war nur zum Schuß des Amtsjeraganten Krüger einmal nach unserem Vereinslokal gegangen.

Die anderen Zeugen waren zwar nicht Mitglieder der Gewerkschaften, aber doch von Mitgliedern zu den Vergnügungen eingeladen. Zeuge Amtsjeragant Meschke wußte vor Gericht soviel, daß er sich auf seine Anzeige berief! Der Angeklagte Brill legte dem Zeugen die Frage vor, ob er wegen dieser Vergnügungsangelegenheit mit Herrn Franz Mathesius, Inhaber des Lokals zur Schiffbahn, ausgesprochen habe? Brill erklärte, zum größten Teil sei der Amtsjeragant Meschke von dem Lokal zur Schiffbahn vor unser Lokal gekommen. Diese Frage hatte der Zeuge nicht erwartet, aber sie mußte beantwortet werden, weil dieses ein Haupt-

entlastungspunkt für die Angeklagten war. So gab denn auch der Amtsjeragant Meschke zu, mit Mathesius darüber gesprochen zu haben, er sei aber Beamter und müsse jedes Lokal besuchen. Dann legte Brill dem Zeugen die weitere Frage vor, ob er Personen nach unserem Lokal abgeschickt habe. Die Antwort war folgende: „Ich habe soviel ich konnte, abgehört, wie es jeder Polizeibeamte macht!“ Das war genügend, um die Polizeipraxis und das ganze System des Amtsjeraganten Meschke zu kennzeichnen. Trotzdem nun das ganze von der Ohraer Polizei gesammelte Belastungsmaterial am Boden lag, beantragte doch der Amtsanwalt, die Angeklagten mit der vorerwähnten Strafe zu belegen und nur den Kriminalkommissar freizusprechen. Das Gericht dachte über diese Angelegenheit anders und sprach sämtliche Angeklagte frei.

Somit ist die große gegen uns unternommene Staatsaktion elendig ins Wasser gefallen. Wir wollen aber hierbei nicht verfehlen, die vorgelegte Behörde des Amtsjeraganten Meschke zu ermahnen, solche Aktionen künftig besser auf ihre Beweggründe zu prüfen.

Sommerfest der Partei. Auf das durch Injerat in der heutigen Nummer angekündigte Sommerfest des sozialdemokratischen Vereins Ohra möchten wir nicht verfehlen, unsere Leser hinzuweisen. Die getroffenen Vorbereitungen bürgen für einen guten Verlauf der Festlichkeit. Der Besuch kann daher unbedingt empfohlen werden.

Für die Eingemeindung von Ohra nach Danzig hat sich die letzte Gemeindevortretersitzung einstimmig erklärt.

Bei den Arbeiten am Hafentunnel überfuhr eine Lowry auf der Weilerplatte einen fünfjährigen Knaben aus Neufahrwasser. Dem Kleinen wurde der rechte Unterschenkel zertrümmert.

Marienwerder.

In der Torfgrube ertrunken. In Jellental (Kreis Marienwerder) ging der 16 Jahre alte Knecht Kurkowski aus einer Torfgrube Wasser holen. Dabei stürzte er hinein und ertrank.

Graudenz.

Auf der Ejselwiese des Gefessigen

klagt ein Graudenzener Einwohner in der Nr. 173 vom 26. Juli in einem Eingekandt also sein Leid:

Trotz der vielen Klagen über die Beschaffenheit des Wiesenwesens ist bis heute noch nichts zur Abhilfe der Mängel getan worden. Sehr oft ist schon die Stadtverwaltung um Hilfe angegangen worden, und wie oft hat man schon an das Gerechtigkeitsgefühl der Herren Stadtväter appelliert, aber leider alles vergeblich. Wenn im Frühjahr und Herbst die Beschaffenheit des Wiesenwesens eine derartige ist, daß Menschen, Pferd und Wagen im Morast stecken bleiben, so haben sich jetzt zur trockenen Jahreszeit die Zustände noch unhaltbarer gestaltet. Der Morast hat sich durch die Hitze in schmutziges Pulver verwandelt, und dieser Staub bedeckt fußhoch den ganzen Weg. Der rege Verkehr, welcher dort herrscht und der durch die an dem Wiesenweg befindlichen Neubauten noch gesteigert wird, macht das Leben der Anwohner direkt zur Hölle. Eine immerwährende, haushohe Staubwolke hält alles ein, welche immer und immer wieder durch die passierenden Fuhrwerke aufgewirbelt wird. An ein Öffnen der Fenster ist überhaupt nicht zu denken. Das Wohnen am Wiesenweg ist im höchsten Grade gesundheitsgefährlich! Dabei zahlen die Anwohner die höchsten Steuern als im Innern der Stadt, wo Straßenbäume und Bürgersteige schön gepflastert und mit Plänen belegt sind.

Zu bemerken ist noch, daß bei Neubauten am Wiesenweg außerdem noch das Straßengeld für die ganze Straßbreite erhoben wird, und was wird dem Betroffenen für das unergiebliche Hergeben dieser Beträge geboten? Nichts. Ja, es wird sogar den Hausbesitzern ein Vermieten ihrer Wohnungen unmöglich gemacht, denn welcher Mieter wird sich der Gefahr aussetzen, in dieser Luft zu leben?

Helft euch selber, ihr guten Leute! Nicht mit wehleidigen Klagen, sondern mit kühner, entschlossener Tat: Wählt rote Stadtvordnerte! Die werden dem Magistrat dann schon nach Gebühr aufs Dach steigen. Das ist die einzige Antwort, die man auf derartige Eingekandts geben kann. „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich neu sie zu erkämpfen weiß!“ läßt Schiller den Teufel sagen. Und er hat recht damit. Wer nicht einmal den Mut findet, seine Stimme einem Manne des schaffenden Volkes zu geben, wird nur nach Gebühr behandelt, wenn der Verwaltungsausschuß der besitzenden Klassen so verfährt, wie es der klagende Jeremias im Gefessigen schildert.

Thorn.

Krepierte Schweine als Menschenfutter.

Dem Pfarrhufenpächter St. (den vollen Namen verschweigt die bürgerliche Berichterstattung diesmal zerküßend) aus Groß Dirschau. Kreis Briesen, wurde eines Tages im vorigen Sommer mitgeteilt, daß ihm drei Schweine krepiert seien. „Das ist schade“, sagte St. darauf, ließ zwei der krepierten Schweine zerschneiden und das Fleisch einpökeln. Das Fleisch fand in seinem eigenen Haushalt Verwendung; namentlich erhielten auch die Dienstmädchen davon zugeteilt. Das dritte Schwein erhielt ein Arbeiter geschenkt, der jedoch das Fleisch fortwarf, als er nach dem Zerleihen sah, daß die eine Seite des Schweines rot angelassen war. Einige Zeit später krepierte bei St. wieder ein Schwein. Dieses wurde darauf

von Frau St. in der Küche zerteilt und das Fleisch zur Verwendung im Haushalt eingepökelt.

Die Sache wurde ruckbar und die Thorner Strafkammer verurteilte beide Eheleute zu je drei Wochen Gefängnis. Gegen dieses Erkenntnis legten die Beruferten Revision ein. Das Reichsgericht verwarf diese jedoch vor einigen Tagen.

Berrat militärischer Geheimnisse. Der Unteroffizier Mächer von der 7. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 61 hat Zeichnungen von einem Gewehrteile angefertigt und seine Eltern wohnen in Warschau. Diese beiden Tatsachen ließen den Verdacht des Berrats militärischer Geheimnisse aufkommen. Gegen den Unteroffizier wurde Anklage erhoben. Die Verhandlung vor dem Kriegsgericht erfolgte in geheimer Sitzung. Das Urteil wurde öffentlich verkündet. Es lautete: Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen Paragraph 4 des Gesetzes gegen Berrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 in zwei Fällen, begangen in einseitiger Handlung und Ungehorsam gegen den Befehl in Dienstsachen, sowie wegen Uebertretung des Paragraphen 360 des Strafgesetzbuchs in zwei Fällen zu 6 Wochen Festungshaft und 20 Tagen Haft verurteilt.

Bei den verschiedenen Vergehens — 5 Fälle — und der sonst üblichen strengen Justiz der Militärbehörden in derartigen Prozessen erscheint die Strafe milde. Viel kann also an dem „Berrat militärischer Geheimnisse“ nicht gewesen sein.

Aus Calm wird gemeldet, daß beim Baden in der Weichsel der Bädermeister Gorbis ertrank.

Dirschau.

Einem Sittlichkeitsverbrechen fiel in der Nähe von Dirschau eine 41 jährige Frau zum Opfer. Als die Frau vom Felde, wo sie Kartoffeln gegraben hatte, nach Hause ging, sprang plötzlich aus einem Roggenfelde ein Mann auf sie zu, riß sie rückwärts nieder und durchsuchte die Taschen, um sie zu berauben. Dann tat er der Ueberrückenen Gewalt an und lief eilig davon.

Ein Dejeur vom 2. Leibhusarenregiment ist hier durch die Polizei verhaftet worden. Der junge Mensch ist an mehreren Diebstählen beteiligt.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Di-Krone. Eine Kreuzotter biß beim Beeren sammeln das achtjährige Töchterchen des Arbeiters Radtke. Trotz ärztlicher Hilfe verstarb die Kleine.

Di-Enlau. Im Gelesichsee verübte ein junges Mädchen Selbstmord durch Ertränken.

Flatow. Von einem Großfeuer zerstört wurden in Koppe zwei Gehöfte. — Ein wildgewordener Bulle brachte auf der Besitzung des Herrn Stark in Stanawitt dem Sirken lebensgefährliche Verletzungen bei. —

Karthaus. Unter dem Verdacht des Kindesmordes verhaftete die Polizei ein neunzehnjähriges Mädchen. Die junge Mutter, die das Kind in einem Garten begraben hatte, behauptet, daselbe sei bei der Geburt bereits tot gewesen.

Neufahrwasser. Beim Baden in der See erkrankte der Schlosserlehrling Willy Gohl.

Preßlau. In eine Grube mit frischgelöschtem Kalk fiel das zweijährige Söhnchen des Arbeiters Riefche. Der Kleine erlag den schweren Verletzungen.

Rosenberg. Im Stadtsee erkrankte der Schlosserlehrling Beyer.

Scharfenberg (Danziger Niederung). Von der Kleinbahn wurde dem Bäckergehilfen Marler der rechte Fuß abgefahren.

Bandsburg. Eine Typhusepidemie ist in den Nachbarorten Suchbomzek und Wilhelmsburg ausgebrochen.

Kleine Nachrichten aus Nah und Fern.

Ein russisches Dorf niedergebrannt. Unweit der Stadt Rjasan sind fünf hundert Häuser des Dorfes Potany niedergebrannt. Das Dorf ist schon einmal, vor zwei Jahren, durch eine Feuersbrunst fast vollständig zerstört worden.

Neu hinzutretende Abonnenten

erhalten den bereits erschienenen Teil unseres Romans unentgeltlich nachgeliefert.

Expedition der Volkswacht

Paradiesgasse Nr. 32.

Zum Monats- und Quartalschluß

werden die verehrlichen Postabonnenten um die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung beim Briefträger oder bei dem Postamte ihres Wohnortes gebeten. Um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Erneuerung oder Neubestellung schon einige Tage vorher zu besorgen!

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Land

Bezirk Ohra

feiert am Sonnabend, den 3. August in den Räumen „Zum fidelem Bauer“ sein diesjähriges

Sommerfest.

Zu zahlreicher Beteiligung ladet ergebenst ein

Das Komitee.

Hundegasse 60, 1,

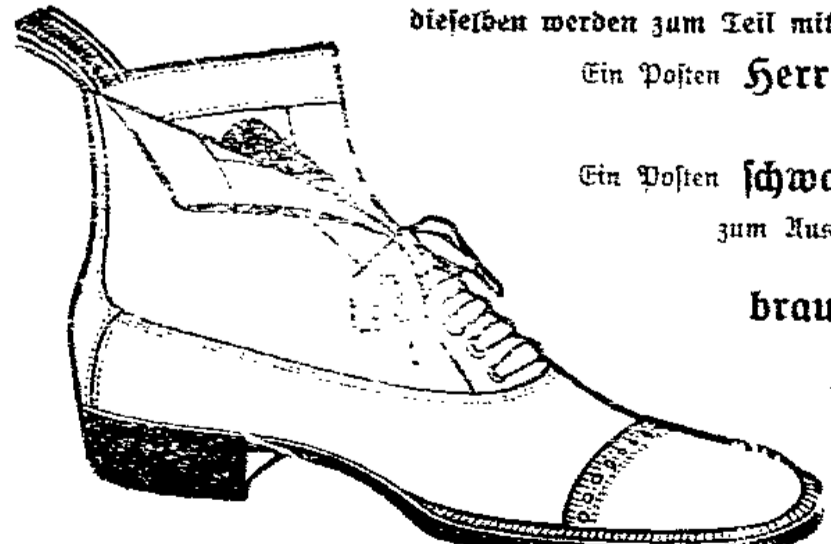
möbl. Zimmer mit Penk. zu vermieten.

Möbl. Zimm. zu vermieten Breitgasse 114, 1.

AL möbl. Zimmer mit voll. Penk. zu vermieten Hundegasse 102, 2.

Räumungs-Verkauf wegen Umbau.

Eine selten günstige Kaufgelegenheit in Herren- und Damen-Stiefel dieselben werden zum Teil mit direkten Verluspreisen verkauft.



Ein Posten Herren-G.-W.-Stiefel 10,50 „ früher 14,50 „, jetzt 6,50 „

Ein Posten schwarze Herren-Stiefel 6,50 „ zum Ausfuchen, früher 9,50 „, jetzt 5,50 „

Ein Posten braune Damenstiefel 5,50 b. 7,00 „ früher 9,25 „, jetzt

Sämtliche andere Artikel werden zu Spottpreisen verkauft.

A. Karnath, Portefolioseng. 1.

Möbl. Zimmer am Bahnhof sofort zu vermieten Raß. Markt 22, part. rechts.

Frauengasse 20, 1 Treppe, ist ein möbl. Vorderzimmer zu vermieten.

Griseur Haus Nr. 5 a

Hellige Beißgasse 9 gut möbl. Vorderzimmer. sep. Eing. sogleich zu vermieten.

Griseur M. Schielau Häberggasse 13.

Griseur M. Neumann Schüsselmann 18.

Griseur M. Fröhke Mattenbuden 29.

Griseur Paul Wächter Gr. Berggasse 23.

Griseur A. Müller Schüsselmann 30.

Vereins-Geschenke
503
Spielwaren
Schießpreise
für Vereinsfestlichkeiten
in größter Auswahl mit
10% Extra-Rabatt
L. Wolf Söhne
Alter Markt 35

Billig und gut
ist Uhrmacher
Tischmann
Spezialwerkstatt.

Central-Theater
Elbings grossier 662
u. schönster Kino
Nur Brückstrasse 15.
Neues Programm.
Darunter:
Aus Liebe zu Ihm
Roman aus dem Künstlerleben in 2 Akten.
Außerdem
Viele Dramen und Humoresken.
Programm äußerst reichhaltig.
Die Direktion.

